



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreigespaltene Preistafel 50 Pfennig, Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 12. bis 18. November ist die Beitragsmarke in das mit 46 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1915.

I.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in Nr. 43 des „Correspondenz-Blattes“ den Jahresbericht, der durch viele Tabellen einen genauen Ueberblick über den Stand der Organisationen. Wir entnehmen dem Bericht folgendes:

Auch im zweiten Kriegsjahr haben die Gewerkschaften durchhalten und ihre Aufgaben erfüllen können. Die Einberufungen zum Heeresdienst haben zwar lähmend auf die Tätigkeit der Gewerkschaften gewirkt, die Mitgliederzahl ist auf fast ein Drittel des Bestandes bei Kriegsausbruch zurückgegangen. Groß ist die Zahl der Kräfte, die den Gewerkschaften verlorengegangen sind. Der Mangel an Funktionären und Vertrauensleuten hat sich äußerst fühlbar gemacht. Zwar sind während der Kriegszeit Streiks und Aussperrungen nur vereinzelt vorgekommen, die Arbeit für die Organisierung und Leitung der wirtschaftlichen Kämpfe war geringer als in Friedenszeiten. Aber eine Reihe anderer Aufgaben hat der Krieg den Gewerkschaften gestellt. Die unvermeidlichen Rückwirkungen, die das blutige Völkerringen mit sich bringen muß, waren für die Arbeiterschaft zu mildern. Die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt brachte eine Steigerung der Preise, insbesondere der Nahrungsmittel, der gegenüber die vor Kriegsausbruch gezahlten Löhne nicht entfernt im Verhältnis standen. Lohnsteigerungen mußten herbeigeführt werden. Da Streiks nur im äußersten Fall geführt werden sollten, so mußte eine Aufbesserung der Löhne durch Verhandlungen mit den Unternehmern versucht werden. Vielfach haben die Militärbehörden, da wo die Unternehmer wenig Entgegenkommen zeigten, mitgewirkt, den Ausgleich zwischen Feuerung und Lohnhöhe herbeizuführen. Einzelne Generalkommandos haben die Einsetzung von Schlichtungskommissionen empfohlen nach dem Muster, wie sie für die Metallindustrie Groß-Berlins geschaffen ist. Hier, wie in vielen Industrien, die für den Heeresbedarf arbeiten, konnten Lohnaufbesserungen erzielt werden, die wenigstens einigermaßen den Feuerungsverhältnissen angepaßt sind. In den Industrien, in denen infolge mangels an Rohstoffen eine Einschränkung der Produktion herbeigeführt werden mußte, sind die Löhne nach wie vor gering. Die Gewerkschaften mußten und haben hier Vorzüge getroffen, daß der Arbeiterschaft dieser Industriezweige Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gewährt wurde. Können diese auch nicht ausreichend sein, so schätzen sie doch vor alleräußersten Not. Diese Arbeitslosigkeit der gewerkschaftlichen Funktionäre ist eine überaus große, läßt sich jedoch zahlenmäßig nicht nachweisen. Ebensovienig ist es möglich, auch nur

annähernd ein Bild davon zu geben, wie sich die Lohnhöhe während der Kriegszeit gestaltet hat, in welchem Verhältnis diese zu den Aufwendungen für die Lebenshaltung steht. Hierüber statistische Feststellungen zu machen, wird nicht möglich sein. Eine solche Statistik wäre sehr kompliziert und läßt sich bei dem Mangel an Kräften in der Verwaltung der Gewerkschaften nicht ausführen. Die wenigen vorhandenen Kräfte werden voll auf für die Lohnregelung und die Erfüllung der sonstigen durch den Krieg geschaffenen neuen gewerkschaftlichen Aufgaben in Anspruch genommen.

Zu diesen gehört die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer und die für die Kriegsbeschädigten. Der Rückgang in der Mitgliederzahl der Gewerkschaften hat die Einnahme an den Beiträgen verringert, die für die Erhaltung der Arbeiterssekretariate und Rechtsauskunftsstellen örtlich gezahlt werden. Aus diesen Einnahmen können diese Institutionen heute nicht mehr erhalten werden. Vielfach hat die Arbeiterschaft sich trotz der Kriegsnot bereit erklärt, die Beiträge für die Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen zu erhöhen, jedoch hat auch diese Beitragserhöhung sich in bescheidenen Grenzen halten müssen und reicht in den meisten Orten nicht aus. Da die Rechtsauskunftsstellen den Familien der Kriegsteilnehmer gesichert werden muß und die Gewerkschaftenmitglieder, die an den Fronten Leben und Gesundheit für die Sicherung Deutschlands einsetzen, ein Anrecht darauf haben, ihre Familien seitens der Gewerkschaften geschützt zu wissen, so haben die Zentralverbände sich bereit erklärt, der Generalkommission die Mittel zur Verfügung zu stellen, die zur Aufrechterhaltung der Rechtshilfe notwendig sind.

Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten nimmt gleichfalls die Arbeitskraft der gewerkschaftlichen Funktionäre in starkem Maße in Anspruch. Die Beteiligung der Gewerkschaften an dem Kongress für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Köln a. Rh. und die Sonderberatungen, die die Gewerkschaften aller Richtungen dort hielten, haben erwiesen, daß die Organisationen dieses neue Arbeitsgebiet sehr ernst nehmen. Sie halten sich für verpflichtet, den Arbeitsgenossen, die durch den Kriegsdienst Einbuße an ihrer Arbeitskraft erlitten haben, das Dasein zu erleichtern, sie dafür zu bewahren, daß sie von der Rente, die ihnen zusteht, zu leben genötigt sind. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist für die Gewerkschaften eine Lohnfrage. Wenn auch während des Krieges bei dem Mangel an Arbeitskräften die Kriegsbeschädigten leichter Beschäftigung zu angemessenen Löhnen erhalten, so wird das nach Kriegsschlus weniger der Fall sein. Daß dann die Unternehmer den Rentenbezug der Kriegsbeschädigten nicht zum Lohnbruch ausnutzen, ist für die Gewerkschaften von größter Wichtigkeit. Dafür muß jetzt bereits Vororge getroffen werden. Leider ist die Fürsorgeorganisation noch nicht entfernt so ausgebaut, wie sie es nach dem Willen der Gewerkschaften sein soll. Diese haben deshalb nicht nur die Arbeit in der Organisation zu leisten, sondern auch für den Ausbau zu wirken. Es ist bedauerlich, daß hier nicht an allen den verantwortlichen Stellen das genügende Entgegen-

kommen gezeigt wird und dadurch den Gewerkschaften eine umfangreiche Arbeit erwächst, die leicht vermieden werden könnte.

Ebenso liegt es vielfach auf zwei anderen gewerkschaftlichen Arbeitsgebieten, dem Ausbau der Arbeitsvermittlung und der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge. Die Reichsleitung lehnt es ab, während des Krieges diese beiden Fragen reichsgefeslich zu regeln. Sie will die Regelung den Bundesstaaten und den Gemeinden überlassen. Nun sind von den ersteren zum Teil Verordnungen gegeben, deren Ausführung an letzter Stelle in der Hand der Gemeinden liegt. Hier aber zeigt sich oft ein so geringes Verständnis für die Wichtigkeit der Sache, daß die Gewerkschaften immer wieder genötigt sind, Eingaben und Vorschläge zu machen. Wenn aber die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenfürsorge nicht eine ausreichende Regelung erfährt, so werden nach Kriegsschlus große Schwierigkeiten sich ergeben. Die aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitermassen werden nur langsam und durch ein bis in den kleinsten Teilen ausgebautes System der Arbeitsvermittlung wieder Arbeitsplätze finden können. Zwar verlangen die Gewerkschaften, daß den Kriegsteilnehmern die früheren Arbeitsplätze gesichert werden sollen, doch ist es fraglich, ob bei den Unternehmern der Wille hierzu vorhanden und die Möglichkeit dazu in allen Fällen gegeben ist. Viele der Kriegsteilnehmer werden nach den Leiden und Anstrengungen des Felddienstes auch kaum in der Lage sein, die Arbeitsfähigkeit in ihrem Berufe sofort wieder aufnehmen zu können. Hier muß die Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung stehen im engsten Zusammenhang. Die verantwortlichen Stellen im Reich, in den Bundesstaaten und Gemeinden müssen den Anforderungen der Gewerkschaften gegenüber ein größeres Entgegenkommen zeigen. Dadurch würde eine große Arbeitslast den Funktionären der Gewerkschaften genommen werden, die während des Krieges wohl in ausreichendem Maße ihre Pflicht erfüllt haben. Die Mitgliederbewegung in den Zentralverbänden.

Am 30. Juni 1914 zählten die Zentralverbände ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter 2 482 046 Mitglieder. Das Jahr 1915 schließen sie mit einem Bestand von 982 863 Mitgliedern. An Mitgliedern waren vorhanden:

am Schlusse des	1913	1914	1915
1. Quartals	2 567 692	2 478 861	1 315 646
2. "	2 576 608	2 482 046	1 173 078
3. "	2 547 209	1 677 494	1 070 308
4. "	2 498 959	1 485 428	982 863

Der Mitgliederverlust ist leider nicht nur auf die Einberufungen zum Heeresdienst zurückzuführen. Es sind den Verbänden bis zum Schlus des Jahres auch weitere 278 316 = 11,2 Prozent der Mitglieder verlorengegangen, darunter 43 700 weibliche = 20,4 Prozent des weiblichen Mitgliederbestandes bei Kriegsausbruch. Im Jahresdurchschnitt zählten die Gewerkschaften für 1915 noch 1 146 259, darunter 172 101 weibliche Mitglieder gegenüber 2 052 377 Mitgliedern für 1914, wovon 203 648 weibliche waren.

Vor Kriegsausbruch waren in den Zentralstellen der Verbände 407, in den Gauleitungen 429, in den Zweigvereinen 1956 und in den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter 75, zusammen 2867 Beamte und Hilfsarbeiter tätig. Am Schluß des Jahres 1915 arbeiteten in den Zentralstellen 292, in den Gauleitungen 277, in den Zweigvereinen 851 und in den Redaktionen 57, zusammen 1477 besoldete Beamte und Hilfsarbeiter. Zum Heeresdienst waren 1230 eingezogen worden. Besonders die Verminderung der Zahl der Beamten in den Zweigvereinen von 1956 auf 851, also um 1105, muß die Agitation für die Gewerkschaften lähmen und die den Zusammenhalt sichernde Verwaltungsarbeit gefährden, zumal neben dieser den Verwaltungsbeamten durch die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer, die Kriegsschädigten und die Nahrungsmittelverteilung eher mehr wie weniger Arbeit entstanden ist, als sie vor dem Kriege hatten.

Es sind den Verbänden, den Jahresdurchschnitt genommen, während der Kriegszeit 1337 402, davon 43 676 weibliche Mitglieder verlorengegangen. Erfreulicherweise hat mit dem Schluß des ersten Quartals 1916, wie neuere Erhebungen ergaben, der nicht durch Einbeziehung zum Heeresdienst bedingte Mitgliederverlust in den Verbänden aufgehört. Es ist gegenwärtig bereits eine Mitgliederzunahme im allgemeinen wie auch bei den weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen. Damit ist erwiesen, daß die Gewerkschaften trotz der erheblich verminderten Zahl der Verwaltungsbeamten und Vertrauensleute und trotz aller Kriegsnot ihre Verberkrafung nicht verloren haben.

Es muß immer wieder erneut betont werden, daß es dringend geboten ist, die Frauen, die zur Erwerbstätigkeit in allen Zweigen der Industrie, des Handels, Verkehrs und Gewerbes herangezogen sind, auch den Gewerkschaften zuzuführen. Es werden bei Friedensschluß, dann, wenn die Massen aus dem Felde zurückkehren, um die alten Arbeitsplätze, die mittlerweile von Frauen besetzt sind, wieder einzunehmen, große Schwierigkeiten sich ergeben. Es wird eine Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zwischen männlicher und weiblicher Arbeitskraft entstehen, die nur durch die Gewerkschaften behoben und ausgeglichen werden kann. Dies wird nur möglich sein, wenn die erwerbstätigen Frauen reiflos oder doch zum größten Teil den Gewerkschaften angehören.

Der Verlust an Mitgliedern, wie besonders auch an weiblichen, hat die Gewerkschaften der

anderen Richtungen in gleicher Weise betroffen wie die gewerkschaftlichen Zentralverbände. Es haben gegenüber 1914 an Mitgliedern verloren:

	Insgesamt	Weibliche	Befanden an weiblichen Mitgliedern 1914
Zentralverbände . . .	906 118	43 676	203 648
H.-D. Gewerkschaften . . .	16 663	379	4 696
Ghr. Gewerkschaften . . .	106 607	1 382	25 624

Es handelt sich somit um eine Begleiterscheinung des Krieges, die nicht nur die gewerkschaftlichen Zentralverbände betroffen hat. Die Ursachen sind in allen drei Organisationsgruppen die gleichen.

## Der Aufstieg der Tüchtigen.

Der altgriechische Philosoph Plato, der hervorragendste Schüler des weisen Sokrates, erzählt uns, daß sein Lehrer im Kreise seiner Schüler eines Tages gesagt habe, wenn er Fürst eines Volkes wäre, so würde er zu den versammelten Bürgern folgendermaßen sprechen: „Bürger, wir sind alle Brüder, aber die Götter haben uns ungleich geschaffen, denn es gibt goldene, silberne, kupferne, erzene und eiserne Menschen, das heißt Menschen von der verschiedensten Begabung und Veranlagung. Und es kommt vor, daß ein goldener Vater einen eisernen Sohn hat und daß umgekehrt ein eiserner Vater einen goldenen Sohn hat. Da ist es denn notwendig, daß der eiserne Sohn des goldenen Vaters hinabsinkt in die Tiefe und daß der goldene Sohn des eisernen Vaters emporsteigt zur Höhe. Denn ein Volk muß zugrunde gehen, das von eisernen Menschen regiert wird.“ Das will besagen, daß es unsozial ist, Menschen auf der Höhe zu halten und in leitenden Stellungen zu verwenden, die nur deshalb dort stehen bleiben, weil sie „in der Wahl ihrer Eltern vorsichtig“ gewesen sind, und daß es die Pflicht der Gesellschaft ist, begabten, tüchtigen Menschen aus den Unterschichten den Aufstieg zu ermöglichen und zu erleichtern. Der bedeutende englische Soziologe Huxley vertritt diesen selben Gedanken, aber er gebraucht ein anderes Bild. Er vergleicht die Gesellschaft mit einem Teich, auf dessen Oberfläche Leute herumschwimmen, die Schwimmgürtel tragen, ohne die sie sofort untergehen würden, und auf dessen Boden Leute liegen, die durch Bleikugeln und eiserne Ketten festgehalten werden, so daß sie nicht emporzusteigen vermögen, trotz-

dem sie sehr gut schwimmen können. Und er ruft aus: „Fort mit den Schwimmgürteln, fort mit den Bleikugeln und eisernen Ketten! Schafft eine gleiche soziale Gelegenheit, damit sich jeder Mensch seine Stelle in der Gesellschaft suchen kann, an die er gehört!“

Die Forderung, daß der Aufstieg der Begabten zu den verschiedenen Stellen planmäßig gefördert werden müsse, wird heutzutage immer dringender erhoben. Erst kürzlich hat der deutsche Reichskanzler von Bethmann Hollweg von der Reichstagstribüne herab den Ausspruch getan: „Die gewaltigen Aufgaben, die auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens unserer harren, brauchen zu ihrer Lösung alles, was an Kräften in unserem Volke lebt. Es ist eine Staatsnotwendigkeit, die sich gegen alle Hindernisse durchsetzen muß, diese Kräfte, die da im Feuer geblüht sind, die nach Wirken und Schaffen rufen und verlangen, für das Ganze zu nützen. Freie Bahn für alle Tüchtigen, das muß unsere Losung sein. Führen wir sie frei und vorurteilslos durch, dann werden die Tüchtigen aus allen Ständen freudig teilnehmen an dem Werte des Friedens wie jetzt am blutigen Kampfe.“ Diese Wahrheit, daß das Staatswohl und das Wohl der Gesamtheit die Mitarbeit aller tüchtigen Männer und Frauen fordert, kann gar nicht entschieden genug betont werden, denn eine Unmenge von Fähigkeiten, Kräften und Begabungen können unter den heutigen Verhältnissen nicht zur Entfaltung gelangen und verkümmern im Verborgenen, während zahlreiche leitende Stellungen mit ungeeigneten Personen besetzt sind. Wie schädlich dies für Staat und Gesellschaft ist, leuchtet ohne weiteres ein; wir können gar nicht genug tüchtige Menschen haben, und jeder Raubbau an Fähigkeiten, die der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden können, rächt sich aufs schwerste.

So allgemeine Zustimmung die Forderung: „Freie Bahn für alle Tüchtigen!“ findet, so weit gehen doch die Ansichten über die praktische Verwirklichung auseinander. Es werfen sich hier besonders zwei wichtige Fragen auf: „Welche Art von Tüchtigkeit ist gemeint?“ und zweitens: „Wie lassen sich die Tüchtigen aus der großen Zahl ihrer Mitmenschen herausfinden?“ Die Beantwortung dieser beiden Fragen bietet zweifellos große Schwierigkeiten.

Tüchtigkeit hängt zusammen mit dem Worte „taugen“, und so sagt man denn von einem Menschen, der etwas taugt, er sei ein tüchtiger

## Aus Technik und Industrie.

Von Richard Woldt.

### Der Motor des Kriegsflegers.

Die großen technischen Fortschritte im Flugzeugbau sind zu einem wichtigen Teil auf die Motorenfrage zurückzuführen. Erst als es gelang, einen Motor von genügender Leistungsfähigkeit zu bauen, konnten die Theorien ihre Verwirklichung finden, nach denen die Aviatiker ihre Rumpfformen und Tragflächen sich ausgedacht hatten. Erst der Motor hat dem Flugzeug Leben und Bewegung geben können.

In seiner Konstruktion ist der Flugzeugmotor ein technisches Meisterwerk und man kann auch hier die Entwicklung nicht besser demonstrieren, als wenn man die Zahlen, die im Laufe der Zeit erreicht wurden, nebeneinander stellt.

Jahr	Motorleistung in Pferdestärken	Umdrehungsgeschwindigkeit pro Minute	Motorgewicht in Kilogramm pro Pferdestärke	Benzinverbrauch in 10 Std. pro Pferdestärke in Kilogramm
1892	11	440	45,0	5,0
1899	10	680	25,7	4,0
1905	90	1050	4,1	2,65
1907	100	1080	3,4	2,5
1909	115	1100	3,2	2,4
1910	145	1100	2,1	2,4
1918	180	1200	2,55	2,25

Aus militärischen Gründen darf man die neuesten Zahlen während des Krieges nicht veröffentlichen. Erst die Fortsetzung dieser Zahlenreihe wird erkennen lassen, wie der Krieg den technischen Fortschritt auch hier vorwärts getrieben

hat. Da sind Resultate möglich geworden, auf die vor dem Krieg kein Fachmann gehofft hat.

Der Motor soll eine große Kraftleistung erzielen, die in Pferdestärken gemessen wird. Die Umdrehungsgeschwindigkeit des Propellers, der Bindeschaufel, die die Luft zusammenbrücken soll, damit sie die Tragfähigkeit für das Flugzeug erzielt, mußte ebenfalls hinaufgetrieben werden. Trotzdem durfte der Motor nur ein geringes Gewicht besitzen und als vierte wichtige Voraussetzung kam seine Sparsamkeit hinzu, möglichst wenig Benzin zu verbrauchen. Je geringer der Benzinverbrauch pro Krafteinheit, um so leichter das Gewicht, das mitzuschleppen war.

Das waren einander widerstrebende Anforderungen, die dem Konstrukteur gestellt wurden, und so hat man sich mühsam damit abgequält, an Material zu sparen, um den Motor leicht zu erhalten, trotzdem aber den erhöhten Anforderungen seiner Kraftleistung zu entsprechen, und das Material betriebssicher zu erhalten. Nicht schrankenlos konnte sich der Konstrukteur auswirken, sondern überall fand er Hemmungen, Gesetze, und erst in mühevoller Konstruktionsarbeit ist der Motor zu seiner heutigen Leistungsfähigkeit hervorgegangen. Immer noch steht natürlich der technische Fortschritt auch hier nicht still, die einzelnen Fabriken wettschreiten miteinander, um unter den bereits angeführten vier Gesichtspunkten die Brauchbarkeit des Motors zu erhöhen.

Solch ein Flugzeugmotor ist ein Titan, ein gefestelter Riese und doch zugleich ein mechanisches Kunstwerk.

Wir befinden uns im Prüffeld einer Motorenfabrik. In den Werkstätten sind alle einzelnen Teile nach den Angaben der Konstrukteure genau ausgeführt und der Motor auf das sorgfältigste

zusammgebaut worden. Der Maschine will man nachher das Flugzeug anvertrauen und so muß der Motor seine Betriebssicherheit und Leistungsfähigkeit erst auf dem Probierstand erweisen. Der Monteur hat in die Kolben Benzin hineinspritzen lassen, die Maschine steht fest verankert auf dem Fundament. Der Motor brüllt und raft. Der Boden zittert. Wir bekommen ungefähr eine Vorstellung davon, welche titanenhafte Kraft hier entwickelt worden ist, wenn wir hören, daß die Maschine im Durchschnitt 1200 bis 1400 Umdrehungen macht. Mehr als 20 mal in der Sekunde dreht sich also das Flügelrad, der Propeller. Wie trotzdem alles ruhig und sicher spielt und ineinander greift! Die Ventile, die das Benzin herein lassen und die Abgase entfernen, hüpfen und tanzen. Nun die Maschine wie selbstverständlich arbeitet, läßt sie leicht vergessen, wieviel Mühe und Sorge sie dem schaffenden Konstrukteur gemacht hat.

### Französische schwere Artillerie bei Verdun.

IK. Alle Nachrichten, die wir über die Kämpfe an der Westfront erhalten, lassen übereinstimmend erkennen, daß dort von Zeit zu Zeit ein gewaltig gesteigertes Artillerieduell sich vollzieht: Granaten in allen Größen und ungeheuren Massen werden losgelassen, und Jahrzehnte dürften vergehen, bis der Schauplatz dieser Kämpfe für friedliche Kulturarbeit wieder urbar gemacht worden ist.

Neutrale Berichterstatter haben schon wiederholt gemeldet, daß die Franzosen den deutschen und österreichisch-ungarischen Riesenmörsern von 42 und 30,5 Zentimeter ebenbürtige Stielfeuergeschütze gegenüberstellen. Die „Athen.-Westfälische Zeitung“ ist in der Lage, darüber einige Daten zu veröffentlichen.

Mann, eine tüchtige Frau. Jeder, der sich auf irgendeinem Tätigkeitsgebiete bewährt, der seine Stelle voll und ganz ausfüllt, verdient die Bezeichnung „tüchtig“. Dabei ist es ganz einerlei, auf welchem Gebiete sich diese Tüchtigkeit äußert. Wir können nicht alle an leitenden Stellen stehen und unsere Tüchtigkeit weithin offenbaren, es muß auch Zwischen- und Unterstufen geben, aber was jemand macht, das soll er ordentlich machen. Beim Bau eines Hauses muß ein Architekt da sein, der die Pläne entwirft und die Ausführung leitet, aber es muß auch Leute geben, die Steine tragen, Zement bereiten, Balken behauen usw., und diese Leute müssen ebenfalls tüchtig sein, denn auch auf ihre Tätigkeit kommt es an. Selbstverständlich muß sich die Tüchtigkeit eines Menschen, sei er Staatsmann, Handwerker oder Arbeiter, in seiner praktischen Tätigkeit bewähren, Wortschwall und Redegabe machen es nicht, und mit großen Versprechungen lockt man seinen Hund hinter dem Ofen hervor. Hier liegt eine schlimme Gefahr vor, denn viele Leute lassen sich allzu leicht täuschen und von den gerissenen, strupellosen Bewerbern übers Ohr hauen. Dies ist besonders gefährlich für eine demokratisch gegliederte Gesellschaft, während in einer Autokratie nicht die Begabung und Tüchtigkeit Ausschlag gibt, sondern Herkunft, Vermögen, Protektion usw. Zwischen diesen beiden Extremen die richtige Mittellinie zu finden, das ist die schwierige Aufgabe. Dabei kommt es nicht nur auf die rein technische Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit an, sondern auch der Charakter spielt dabei eine Rolle. Wir müssen uns also klar werden über das, was man unter Tüchtigkeit versteht.

Die zweite Schwierigkeit liegt darin, die Tüchtigen auszuwählen. Um diese Auslese zu erleichtern, hat sich bei uns in Deutschland vor kurzem ein Ausschuss gebildet, der diese Frage ihrer Lösung näher bringen will. Er will mit daran arbeiten, um Mittel und Wege zu suchen, die Begabten zu erkennen und auszumustern und ihnen den Weg zum Aufstieg äußerlich zu ebnet. Der Ausschuss hat als erstes Werk eine Beleuchtung dieses Themas herausgegeben, in dem Schulmänner, Volkswirtschaftler, Verwaltungsbeamte und Männer des praktischen Lebens ihre Erfahrungen und Meinungen austauschen. Sie sind natürlich nicht in der Lage, eine Lösung dieser Aufgabe zu bieten, sie begnügen sich damit, Vorschläge zu leisten und eine Lösung anzubahnen. Denn so einfach die Sache auf den ersten Blick

erscheint, so schwierig ist ihre Durchführung. Es ist nämlich gar nicht so leicht, eine Auslese der Begabten vorzunehmen, weil die Merkmale der Begabung so verschieden sind und weil man meistens nur sehr schwer herausfinden kann, was in einem Menschen steckt und wofür er sich eignet. Bislang hat die Schule in dieser Beziehung eine ausschlaggebende Rolle gespielt, und auch heute noch setzt man auf die verschiedenen Schulen: Volksschulen und Gewerbeschulen, Gymnasien, Realschulen und Universitäten, die Hoffnung, daß sie einen Auslesemechanismus bilden könnten. Aber diese Hoffnung erscheint bei näherer Betrachtung trügerisch.

Zunächst ist es eine häufig beobachtete Tatsache, daß eine große Kluft vorhanden ist zwischen Schulbegabung und Lebensbegabung. Der sogenannte gute Schüler, der mit hohen Erwartungen seiner Lehrer ins Leben hinaustrat, zeichnet sich vielfach im praktischen Leben keineswegs durch hervorragende Leistungen aus, während der anscheinend minder Begabte seinen Weg macht und Tüchtiges leistet. Das ist keineswegs wunderbar, denn die Schule fordert nur ein gutes Gedächtnis und einen ausdauernden Fleiß, aber das Leben stellt ganz andere Anforderungen an den Menschen. Es verlangt freie Entschiedenheit und Willenskraft, Anpassungsfähigkeit, Umsicht und Beherrschung. Schule und Leben stehen in bezug auf Begabung fast gar nicht in einem inneren Zusammenhang, die Schule ist in dieser Beziehung eine mangelhafte Schule fürs Leben, erst das Leben nimmt die Menschen wirklich in die Schule. Daraus folgt natürlich keineswegs, daß man die Schulbildung geringschätzen soll. Im Gegenteil, sie gibt dem heranwachsenden Menschen eine Summe von Kenntnissen und Fertigkeiten mit, die im praktischen Leben unentbehrlich sind, aber für die richtige Auslese kann sie nur wenig tun. Noch ein anderer Umstand kommt hinzu. Bei dem einzelnen Menschen (wie bei der gesamten Menschheit) spielt die Entwicklung eine Rolle. Wir entwickeln uns geistig und körperlich bis zu einem bestimmten Höhepunkte, und mancher Mensch, der im Kindes- und Jugendalter als durchaus untüchtig galt, entwickelt sich später in ganz überraschender Weise. Meistens tritt die Beranlagung und Begabung erst in der praktischen Tätigkeit klar erkennbar zutage, wenn wir die Schulbank längst verlassen haben. Erst das Leben mit seinen Wechselfällen und Aufgaben hämmert die Menschen zurecht und lockt aus ihnen heraus, was in ihnen steckt.

oder Küstengeschütz und seine Verwendung im Feldkrieg als Notbehelf in Ermangelung gleichschwerer fahrbarer Artillerie.

Interessant sind auch einige Maß- und Gewichtangaben von dem Geschütz, die einen guten Anhalt bieten für die Wirkungsart derartig schwerer Haubitzen oder Mörser, welche in diesem Krieg ja überhaupt zum ersten Mal in Anwendung kamen. Bei 29,3 Zentimeter Kaliber hat das Geschütz 15 Kaliberlängen, d. h. das Rohr ist 15 mal so lang wie sein innerer Durchmesser und hat also die Länge von 4,395 Meter. Das Rohrgewicht beträgt 162 Zentner, das des vollständigen Geschützes mit sämtlichem Zubehör und schußfertig geladen dagegen 730 Zentner. Das Geschütz, das mittels Handzug oder elektrisch abgefeuert werden kann, wiegt dagegen sechs Zentner und seine Anfangsgeschwindigkeit beträgt 300 Meter in der Sekunde.

Die größte Schußweite beträgt 11000 Meter bei einer Anhebung des Rohres auf 40 Grad, die beste Geschöpfungswirkung dagegen wird auf „nur“ 8000 Meter Entfernung bei Erhöhung des Rohres auf 65 Grad erreicht. Das Geschütz fliegt hierbei bis zu 4600 Meter Höhe und kommt am Ende seiner Flugbahn aus großer Höhe fast senkrecht zum Einschlag. Erst nachdem es dann tief im Ziel eingedrungen ist, erfolgt die kraterartig wirkende Explosion.

„Als Küstentillfeuergeschütz gegen feindliche Kriegsschiffe wäre diese französische Haubitze mehr zu fürchten gewesen, als in ihrer jetzigen Verwendung, bei welcher sie unsern deutschen und österreichisch-ungarischen Mörsern gegenüber nicht gewachsen und von denselben überholt ist.“

Darum ist die Hauptsache, daß bei der Auslese nicht lediglich Wert gelegt wird auf die Begabung, sondern vorwiegend auf die allgemeine Tüchtigkeit. Nicht das Wissen allein soll den Ausschlag geben, sondern auch das Können soll berücksichtigt werden. Selbstverständlich sollen die äußeren Umstände, wie Herkunft, Vermögen und Familie, keine Rolle mehr spielen. Wir brauchen alle Begabungen und Tüchtigkeiten, woher sie auch stammen mögen, und wir brauchen sie für alle Berufe. Es gilt, kurz gesagt, den tüchtigen Mann, die tüchtige Frau, die sich bewährt haben, an die richtige Stelle zu setzen. An der Lösung dieser Aufgabe müssen wir alle mitarbeiten.

F. L.

## Korrespondenzen.

Hannover. Am 1. November hielt die Zahlstelle Hannover ihre ordentliche Vierteljahrsversammlung ab. Nachdem Kollege Hohmeister das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen, welches angenommen wurde, gab Kollege Spartz bekannt, daß seit der letzten Versammlung wieder ein Mitglied, der Kollege Fr. Erümper, auf dem Schlachtfelde gefallen sei. Die Versammlung ehrte das Andenken des Gefallenen durch Erheben von den Plätzen. Hierauf gab Kollege Spartz den Kassenbericht vom zweiten Quartal bekannt. Für die Hauptkasse ist eine Einnahme von 993,80 Mk. zu verzeichnen; dieser stand eine Ausgabe von 614,53 Mk. gegenüber, so daß noch ein Betrag von 379,27 Mk. an die Hauptkasse abgeführt werden konnte. Die Einnahmen der Ortskasse betragen inkl. Kassenbestand 1297,67 Mark, die Ausgaben 191,34 Mk., so daß am 1. Oktober 1916 ein Kassenbestand von 1106,33 Mk. zu verzeichnen war. Arbeitslos waren sieben weibliche Mitglieder 127 Tage; krank waren sieben männliche Mitglieder 102 Tage und zehn weibliche Mitglieder 204 Tage, zusammen 17 Mitglieder 306 Tage. Die Mitgliederzahl hat sich auf derselben Höhe gehalten. An Unterstützungen wurden seit Anfang des Krieges an unsere Kollegen und deren Angehörigen in Hannover gezahlt: für Arbeitslose 2357,20 Mk., für Kranke 1057,55 Mk. und für andere Unterstützungen wie Liebesgaben, Weihnachtsunterstützung und an Kriegserfrauen zusammen 685,95 Mk. Rechner bemerkte hierzu, an diesen Ausgaben sehe man, was alles getan sei. Der Kollegenschaft, die tapfer und treu zur Fahne gehalten habe, sei der Dank aller Kollegen, welche jetzt für unser Vaterland kämpfen, sicher. Kollege Leopold als Revisor bestätigte, Kasse und Bücher sowie Belege in bester Ordnung gefunden zu haben, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Kollege Spartz erstattete Bericht von der Gauleiterkonferenz und konnte auch für Hannover feststellen, daß die Kollegenschaft nicht in der Lage ist, mit den geringen Zulagen, die im Frühjahr bezahlt wurden, auskommen zu können. Das beweise am besten die Flucht vieler älterer Kollegen aus dem Beruf. Es sind darunter sogar solche, die bis zu 20 Jahren in einem Geschäft tätig waren. Aber sie werden geradezu in die Kriegsindustrie hineingetrieben, da es ihnen unmöglich ist, ihre Familie zu erhalten und ihre Steuerpflicht und andere Pflichten zu erfüllen, wenn nicht die Prinzipale unseres Gewerbes auch diesen Mitarbeitern ihrer Betriebe einen Lohnausgleich bewilligen, der ihnen die Erfüllung ihrer Pflichten möglich macht. Die Versammlung sprach die Erwartung aus, daß die Prinzipale auch dem Hilfspersonal in Hannover zu den früheren Zulagen mindestens den Prozentausschlag zuzahlen, der den Gefallen gewährt worden ist, das sind für Hannover 50 Prozent. Die Beschlüsse der Gauleiterkonferenz wurden zur Kenntnis genommen und gutgeheißen. Kollege Spartz wünschte noch, daß aus allen Betrieben Bericht über den Verlauf der Teuerungszulagen gegeben wird, und auch bei ungenügenden Zulagen oder gar völliger Ablehnung der Beiträge auf Zulagen sollte die Kollegenschaft ohne vorherige Vermittlung des Vorstandes nichts unternehmen; der Schutz der Organisation ließe den Mitgliedern zur Seite. Im Verschiedenen gab Kollege Spartz noch bekannt, daß auch in diesem Jahre wieder an die Frauen unserer Mitglieder, die im Felde stehen, und für die, die die Ernährer ihrer Eltern waren, eine Unterstützung in Höhe von 5.— Mk. gewährt wird, wenn dieselben mehr als 26 Wochenbeiträge gezahlt haben und nicht rückständig sind. Hierzu sollen auf Antrag des Vorstandes noch 2.— Mk. von der Lokalkasse bewilligt werden, ebenso soll allen Kollegen, die im Felde stehen und ihre Adresse gesandt haben, ein Liebesgabenpaket geschickt werden. Die Kosten hierfür sollen durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden. Auch diesen Vorschlag wurde zugestimmt. Des weiteren ersuchte Kollege Spartz alle Kollegen, immer für den Verband zu wirken und tätig zu sein.

damit unsere Reihen auch wieder stärker werden, denn in der Agitation tue man nie genug.

München. Nur in Tarifbewegungszeiten kannten wir bisher so gut besuchte Versammlungen unserer Mitglieder, wie die war, die am Sonntag, den 29. Oktober, im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte. Trotz des herrlichen Wetters, das mehr an den Frühling wie an den nahenden Winter gemahnte, ließen sich unsere Kolleginnen und Kollegen nicht abhalten, in Massen zu erscheinen. Möge dies auch in Zukunft bei jeder anderen Versammlung der Fall sein. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Kollege Schmid, der im letzten Quartal sowohl im Felde wie am Orte Verstorbenen, und ehm die Versammlung ihr Andenken in üblicher Weise. Weiter begrüßte er den in unserer Versammlung erschienenen Vorsitzenden der Zahlstelle Augsburg, den Kollegen Barth, wie auch das sich zurzeit in Urlaub befindliche hiesige Verwaltungsmittglied, den Kollegen Hans Bauer. Das vom Kollegen Bergler in gewohnter Ausführlichkeit versagte und zur Verlesung gebrachte Protokoll wurde ohne Erinnerung angenommen. Den Rassenbericht für das dritte Quartal erstattete Kollegin Bursfert. Als besonders erfreulich war aus demselben zu entnehmen die größere Einnahme an Extrabeiträgen, was durch die obligatorische Einführung derselben ermöglicht wurde. Der Mitgliederbestand beträgt jetzt rund 800 und sind das 90 Proz. der zurzeit in den Münchener Druckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Kollege Auenhammer bestätigte im Namen der Revisoren, Bücher und Kasse in bester Ordnung vorgefunden zu haben. Zum dritten Punkt der Tagesordnung referierte nun Kollege Schmid über die im Buchdruckgewerbe in den letzten Wochen entstandene Feuerungszulagen-Bewegung. Wenn bei den Gehilfen auf der im September stattgefundenen Gauleiterkonferenz der Stein ins Rollen gebracht worden sei, so könne er nur konstatieren, daß seit Monaten schon unsere Verwaltung aus allen Kreisen der Kollegenchaft abdrängt worden sei, Mittel und Wege zu suchen, die es ermöglichen, die im April gewährte minimale Feuerungszulage zu erhöhen, da die Löhne in kein Verhältnis mehr zu den Phantasiereisen der Lebensmittel gebracht werden könnten. In unsere Vorarbeiten fiel nun die Prinzipalversammlung in Goslar und die Prinzipal-Tarifstreikvertretertagung in Leipzig. Kollege Schmid schilderte nun das insbesondere auf letzterer Tagung in Erscheinung getretene Auserachtlassen des Hilfspersonals bei der Frage der Feuerungszulagen, das Bestreben des Zentralvorstandes unseres Verbandes, die Unternehmer auch für die tiefertragige Lage des Hilfspersonals zu interessieren, und das bisherige negative Ergebnis in dieser Frage. Soll aber die Flucht des Hilfspersonals nach den Munitionsbetrieben und nach der Kriegsindustrie mit ihren höheren Löhnen nicht noch größer werden, als es ohnehin schon der Fall ist, so müssen die Herren Prinzipale auch dem Rufschrei des Hilfspersonals nicht ihr Ohr verschließen, sondern gleich dem Gehilfen auch die Lage dieser Kategorie von Arbeitern verbessern. Wie niemand in unserem Gewerbe, verkennt auch er, Kollege, nicht die schwierige Lage des Gewerbes, aber eine Brüskierung des Hilfspersonals, das nicht denn je seine volle Pflicht gegenüber den Betrieben erfüllt und an dessen Arbeitskraft ganz gewaltige Anforderungen jetzt im Kriege gestellt werden, dürfe es unter keinen Umständen geben, wenn der Frieden im Gewerbe aufrechterhalten werden solle. Kollege Schmid alaucht auch von den Münchener Prinzipalen, die bisher ja begrüßenswerterweise immer soziales Verständnis auch für das Hilfspersonal bekundeten, auf Entgegenkommen in der Frage der Feuerungszulagen rechnen zu können. Dem Wunsche der Mitglieder gemäß wolle die Verwaltung unverzüglich an den Verein der Münchener Buchdruckereibesitzer herantreten. Die nach dem Referat einsetzende Diskussion entrollte ein trauriges Bild, wie die anhaltende, sich immer mehr bemerkbar machende Teuerung insbesondere in den mit Kindern reich gesegneten Familien verberend wirke, und eine gewisse Erbitterung in der Auserachtlassung des Hilfspersonals bei der Erhöhung der Feuerungszulagen kam allgemein zum Durchbruch. Einstimmig wurde dann beschlossen, heute noch ein Schreiben an die Prinzipalorganisation abgehen zu lassen, das die Bitte der Hilfsarbeiterschaft um Erhöhung der Feuerungszulage enthalte. Weiter wurde von der Versammlung erklärt, daß es unter der jetzigen Zuweisung der Rationen der einzelnen Lebensmittel einfach unmöglich sei, der schweren Arbeit noch fernerhin vorziehen zu können, ohne gesundheitlich ernstlich Schaden zu nehmen, und führte die Aussprache zu dem Beschluß, an die

Arbeitgeber heranzutreten, daß Schritte unternommen werden, die die Lagaarbeiter als Schwer- und die Nachtarbeiter als Schwerstarbeiter erklären, um damit den Arbeitern die für diese Gruppen vorgesehenen höheren Rationen zu ermöglichen. Unter Verschieben wurde noch beschlossen, daß fürberhin am Samstag um 6 Uhr abends das Verbandsbureau geschlossen wird, ebenfalls die Bibliothek, für deren fleißigere Benutzung Kollege Fröhner als Bibliothekar sich warm ins Zeug legte. Um 7 1/2 Uhr fand die schön verlaufene Versammlung ihr Ende.

München. Die Buchdruckereibesitzer haben in der Versammlung vom 1. November, laut Mitteilung an uns, beschlossen, nicht über das den Gehilfen Gewährte hinauszugehen und nur 50 Prozent auf die alte Zulage zu geben. Es ist also zu der bisherigen Zulage nochmals die Hälfte zu geben. Der Mindestsatz beträgt nunmehr 6.— M. für weibliches und für alle Hilfsarbeiter 7,50 M. pro Monat. Auch die Unorganisierten haben Anspruch darauf und werden sich ja nunmehr leichter für unseren Verband gewinnen lassen. Wir bitten, uns sofort mitteilen zu wollen, in welcher Höhe Zulagen erfolgt sind in den einzelnen Druckereien. Sollte irgendwo nichts gegeben sein oder in ungenügender Höhe, so ersuchen wir ebenfalls um sofortige Meldung, um mit der Firma unterhandeln zu können. Gemeldet ist bisher: Druckerei Alfa, welche zur wöchentlichen Zulage von einer Mark nochmals 5.— M. pro Monat zahlt; die Firmen Hebbold und Schröder in Hirsch geben je 2.— M., insgesamt den Mindestsatz von 6.— M. pro Monat. Nochmals machen wir aufmerksam auf den Mangel an Einlegerinnen. Im Oktober konnten wir von zehn offenen Stellen nur drei besetzen, auch jetzt noch sind drei Stellen offen, weil immer mehr Einlegerinnen sich der Kriegsindustrie zuwenden. Wir ersuchen unsere Mitglieder, alle arbeitslos werdenden Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen auf den Nachweis hinzuweisen. Wehnen rückt näher! Wir werden auch diesmal an die Familien unserer Feldbraven denken. Vergeht daher nicht die freiwilligen Kriegsbeiträge. Die Ortsverwaltung.

## Rundschau.

„Nur keine Sentimentalität!“ Die „Deutsche Arbeitgeber-Ztg.“ kommentiert in ihrer Nr. 41 als eine „bedeutende Rundgebung“ einen Geschäftsbericht des „Deutschen Brauntoblenindustrie-Vereins“ für 1915/16, der sich mit der innerpolitischen Entwicklung im Reich in folgenden Ausführungen beschäftigt:

„In Arbeitgeberkreisen blüht man mit gewisser Besorgnis auf die überreiche Anerkennung des vaterländischen Verhaltens der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und ihrer Führer im Kriege, die ihnen von fast allen bürgerlichen Parteien und im besonderen auch von Vertretern der Staats- und Reichsregierung bekundet worden ist. Die Befürchtung ist nicht unbegründet, daß dadurch das Kraftbewußtsein der gewerkschaftlichen Arbeiterverbände und ihrer Führer außerordentlich erpariert wird und bereits liegen Erfahrungen dafür vor, daß dieses Kraftbewußtsein zu immer maßloseren Wünschen der Organisationen auf sozialpolitischem Gebiet und damit zu einer starken Beunruhigung unseres wirtschaftlichen Lebens führen wird.

Als sicher kann man wohl annehmen, daß die vom Bundesrat und Reichstag im Frühjahr 1916 angenommene Novelle zum Reichsgewerkschaftsgesetz zur Erstärkung der Gewerkschaften beitragen wird.“

Dazu schreibt das Unternehmerblatt: „Diese Bemerkungen, die tatsächlich mitten aus der Praxis kommen, wird man die größte Bedeutung beizumessen haben. Es ist richtig, daß die Befürchtungen, von denen der Bericht spricht, zum Teil bereits in Erfüllung gegangen sind. Das Auftreten der Gewerkschaften beweist, daß sie durchaus gewillt sind, aus der für sie günstigen Sachlage ein möglichst reiches Kapital zu schlagen. Nicht allein auf politischem Gebiet soll die „Reorientierung“ fast ausschließlich unter dem Gesichtswinkel gewerkschaftlicher Interessen erfolgen, nein, vor allem soll das gewerbliche Leben vollständig unter die Aufsicht der Gewerkschaftsführer gestellt werden.“

Man dürfe nicht verkennen, daß die Vertreter der Arbeiterorganisationen vielfach eine sehr geschickte Politik betreiben, die ihnen freilich durch das ganz außerordentliche Entgegenkommen der Regierung erheblich erleichtert werde. Ferner weist es auf die Stellungnahme des Geschäftsberichts gegen die zwangweise Einführung öffentlicher Arbeitsnachweise hin und zitiert folgenden „ernsten und bedeutungsvollen Ausspruch in die Zukunft“:

„Nach alledem ist nach dem Kriege mit schwierigen Arbeitsverhältnissen zu rechnen; nicht wirtschaftsfeindlichen, sondern Zeiten lebhafter Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gehen wir entgegen. Denn trotz aller Anerkennung der Verdienste und des vaterländischen Verhaltens der Arbeiter in Deutschlands schwerer Zeit wird es notwendig sein, den vielfach so falsch beurteilten Herrn-im-Hause-Standpunkt zu verteidigen.“

Dazu bemerkt das Blatt in einem längeren Erguß seiner schwer zu verhaltenden Unternehmerrückfälle:

„Es ist sehr angebracht, daß hier einmal ohne alle sentimentale Rücksicht (die Sentimentalität sollten wir ja wohl verlernt haben!) wieder das kraftvolle und treffende Wort von dem „Herr-im-Hause-Standpunkt“ erhoben worden ist. Soll die Industrie das leisten, was von ihr zukünftig in noch viel höherem Grade verlangt werden wird, so muß ihr unter allen Umständen eine starke Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit gewährleistet bleiben. Diese Forderung gilt ebenso für das handelspolitische wie für das sozialpolitische Gebiet.“

Zu diesen Auslassungen schreibt die General-Lohnkommission, und wir können uns dem nur anschließen:

„Es liegt uns fern, gegen diese Geldendmachung eines schon vor dem Kriege überaus rückständigen Standpunktes zu polemisieren. Aber wir empfehlen unseren Genossen, insbesondere allen Gewerkschaftsfunktionären, von diesen Auslassungen Notiz zu nehmen. Sie sind für die Stärkung unserer Gewerkschaften nach dem Kriege Goldes wert!“

Müssen Unterstühtungen verweigert werden? Diese Frage wird in der „Metallarbeiter-Zeitung“ folgendermaßen beantwortet: Für die Familien der ins Feld gezogenen Krieger, die von dem früheren Unternehmer eine Unterstühtung in Form von Weiterzahlung eines Teiles des Lohnes oder Gehalts beziehen, ist diese Frage von großem Belang. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte verlangte in einem Falle, daß an sie die entsprechenden Beiträge für die gezahlten Unterstühtungen abgeführt würden, und die Steuerverwaltung erklärte dieses Einkommen als steuerpflichtig. Die Steuerbehörde hatte nun einen kaufmännischen Angestellten, der im Felde steht und dessen Familie von seinem früheren Unternehmer wöchentlich 38 M. bezieht, mit 1820 M. zur Einkommensteuer veranlagt. Das preussische Oberverwaltungsgericht, vor dem der Streitfall verhandelt wurde, hat nun entschieden, daß das Einkommen nicht steuerpflichtig ist. Die Begründung lautet so: Die Unterstühtung an die Ehefrau hätte nur dann angerechnet werden dürfen, wenn dem Steuerpflichtigen oder dessen Ehefrau ein Recht auf periodische Zahlung in der bezeichneten Art bei Beginn des Steuerjahres zustand. Die Gewährung der Unterstühtung beruhte aber auf dem freien Willen des Gebers und ist auch keine Gegenleistung für die Tätigkeit des Steuerpflichtigen oder seiner Ehefrau. Ein Recht auf Zahlung der Unterstühtung besteht nicht, deshalb ist das Einkommen aus dieser Unterstühtung nicht steuerpflichtig. —

## Ehren-Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Dem Heldentod erlitt am 17. Oktober 1916 unser Verbands-Kollege

**Drugo Wittig.**

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Zahlstelle Halle a. S.

## Abschied.

Am 31. Oktober verschied unser lang-jähriges Mitglied

**Georg Eichenmüller**

im Alter von 43 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Die Zahlstelle Nürnberg-Müht.